



Genehmigt 21. November 2002

Protokoll Nr. 44

Sitzung von Donnerstag, 12. September 2002, 17.00 Uhr im Grossratssaal im Rathaus

Vorsitzende:

Präsidentin Annemarie Sancar-Flückiger
1. Vizepräsident Beat Schori

Anwesend:

Hans Peter Aeberhard	Ueli Haudenschild	Lydia Riesen
Michael Aebersold	Kurt Hirsbrunner	Simon Röthlisberger
Thomas Balmer	Stephan Hügli	Erich Ryter
Oskar Balsiger	Natalie Imboden	Sabine Schärner
Vinzenz Bartlome	Urs Jaberg	Rolf Schuler
Christof Berger	Michael Jordi	Miriam Schwarz
Dieter Beyeler	German Kalbermatten	Rudolph Schweizer
Margrith Beyeler	Daniel Kast	Ernst Stauffer
Peter Blaser	Rudolf Keller	Michael Straub
Markus Blatter	Margareta Klein-Meyer	Barbara Streit-Stettler
Jsabelle Blunschy Scheidegger	Peter Künzler	Ueli Stüchelberger
Christine Bosshardt	Annemarie Lehmann	Béatrice Stucki
Peter Bühler	Liselotte Lüscher	Margrit Stucki-Mäder
Walter Christen	Markus Lüthi	Hans-Ulrich Suter
Anna Coninx	Anton Maillard	Katharina Suter
Conradin Conzetti	Mario Marti	Max Suter
Marie-Louise Durrer	Corinne Mathieu	Margrit Thomet
Martina Dvoracek	Christian Michel	Catherine Weber
Andreas Flückiger	Erik Mozsa	Thomas Weil
Verena Furrer-Lehmann	Barbara Mühlheim	Kurt W. Weyermann
Hans Ulrich Gränicher	Christoph Müller	Beat Zobrist
Guglielmo Grossi	Philippe Müller	Andreas Zysset
Rolf Häberli	Rosmarie Okle Zimmermann	

Entschuldigt:

Raymond Anliker	Markus Kiener	Heinz Rub
Peter Bernasconi	Andreas Krummen	Doris Schneider
Rudolf Friedli	Ruth Rauch	Sylvia Spring Hunziker
Daniele Jenni		

Vertretung des Gemeinderats:

Stadtpräsident Klaus Baumgartner
Ursula Begert
Therese Frösch
Adrian Guggisberg
Edith Olibet
Alexander Tschäppät
Kurt Wasserfallen

Ratssekretariat:

Jürg Stampfli

Stadtkanzlei:

Stéphanie von Erlach

Traktanden

1.	Finanzplan 2003–2006 (FIKO / Frösch)	160
2.	Voranschlag für das Jahr 2003 Vortrag sowie Abstimmungsbotschaft inkl. Produktgruppen-Budgets (FIKO/GPK / Frösch)	161
3.	Dringliche Interpellation Christian Michel (JUSO), Simon Röthlisberger/ Erik Mozsa (JA!): Repression gegen die Hanfszene – Sisyphus lässt grüssen! (Gemeinderat)	163
4.	Dringliche Interpellation Andreas Zysset (SP): Lehrstellen der Stadt Bern (Gemeinderat)	164
5.	Dringliche Interpellation Fraktion GB/JA!/GPB (Natalie Imboden, GB): Olympia-Kandidatur 2010: Fairplay und Kosten-Transparenz statt skandalöse Verstrickungen! (Gemeinderat)	162
6.	Interpellation Fraktion SP/JUSO (Raymond Anliker, SP): Olympische Winterspiele 2010 – Chancen und Gefahren? (Baumgartner)	173
7.	Interpellation Fraktion GB/JA!/GPB (Natalie Imboden, GB): Olympia 2010: Timeout für städtisches Olympiefieber bei der Wirtschaftsförderung! (Baumgartner)	186

Ordentliche Traktanden

1 Finanzplan 2003–2006

Antrag Nr. 160

Der Stadtrat nimmt vom Finanzplan 2003–2006 Kenntnis.

Für die FIKO referiert deren Präsidentin *Rosmarie Okle Zimmermann* (SP): Der Finanzplan wird dem Stadtrat gemäss übergeordnetem Recht vom Gemeinderat zur Kenntnis vorgelegt. Die FIKO hat dieses Papier, das auch die Investitionsplanung beinhaltet, am 23. August diskutiert. Der Finanzplan ist ein wichtiges Führungsinstrument des Gemeinderats. Er ist ein Frühwarnsystem und soll die Tendenzen für die nächsten 4 Jahre aufzeigen. Er beruht hauptsächlich auf Schätzungen ungewisser Entwicklungen, d.h. je weiter er in die Zukunft geht, desto ungenauer ist er und desto mehr muss er auch mit Vorsicht beurteilt werden. Wäre der Voranschlag für das nächste Jahr nicht ausgeglichen, müsste nach kantonalem Recht ein Finanzplan für 8 Jahre erstellt werden, der aufzeigte, wie das Defizit innert dieser Frist abgebaut werden kann. Im Voranschlag 2003 ist kein Defizit vorgesehen, und mit der letztjährigen Rechnung haben alle seit 1999 entstandenen neurechtlichen Bilanzfehlbeträge abgeschrieben werden können. Deshalb sieht der aktuelle Finanzplan besser aus als der letztjährige.

Der Gemeinderat hat sich beim Finanzplan auf folgende Prognosen und Grundlagen gestützt:

- Ein **Wirtschaftswachstum** in den Jahren 2002–2005 von 1%–2% pro Jahr und eine mittlere Jahresteuern von 1,5%. Ob diese Annahmen nach den neusten Wirtschaftsprognosen noch realistisch sind, wird sich zeigen.
- Beim **Personalaufwand** wird bei voll ausgewiesener Teuerung mit je 1,5% Zuwachs in den nächsten Jahren gerechnet.
- Beim **Sachaufwand** ist kein Wachstum vorgesehen.
- Der **Zinssatz bei den Passivzinsen** wird für neue Anleihen mit einer 5–10-jährigen Laufzeit mit 4–4,5% prognostiziert.

Folgende wichtige Elemente sind in der Finanzplanung berücksichtigt worden:

- Alle bisherigen **Massnahmenpakete** zur Haushaltverbesserung werden konsequent umgesetzt.
- Die aufgelaufenen **Bilanzfehlbeträge** werden weiter gemäss kantonaler Vorgabe abgebaut, was jährlichen Abschreibungen von 20,8 Mio Franken entspricht.
- Die **Steueranlage** bleibt mit 1,54 Einheiten gleich – dies trotz geschätzten Steuerausfällen von fast 24 Mio Franken ab 2003 aufgrund des revidierten kantonalen Steuergesetzes.
- Die jährlich rund 5,8 Mio **Billettsteuereinnahmen** fallen ab 2004 weg.
- Als immer noch unsicheres Element, das der Stadt jährlich rund 20 Mio Entlastung bringen soll, figuriert die Ausgliederung der Stadtbauten. Zwar ist die Zitterpartie der Zustimmung durch den Stadtrat überstanden, der Segen des Stimmvolks steht jedoch noch aus. Wenn die StaBe die Abstimmungshürde nicht schafft – was die Referentin nicht hofft – sähe es bös aus mit dem Finanzplan. Konsequenz wären hohe jährliche Defizite.

Kommentar zum Finanzplan: Der **Gesamtaufwand** steigt in den Jahren 2004 und 2005 weniger stark als die erwartete Teuerung, im Jahr 2006 aber wieder stärker. Der **Personalaufwand** steigt ab 2004 leicht an und der **Sachaufwand** bleibt stabil. Der Finanzplan zeigt klar auf, dass in den kommenden Jahren **die Einnahmen ohne erneute zusätzliche Sparmassnahmen nicht ausreichen**, um die gestellten Aufgaben erfüllen zu können. Das Defizit würde bereits ab 2004 auf mehr als 20 Mio jährlich klettern. Es braucht **zwingend ein 10. Massnahmenpaket**, um endlich die Finanzen unserer ausgebluteten Stadt wieder ins Lot zu bringen.

gen. Wenn dieses Paket voll greift, sollen damit ab 2006 weitere 18 Mio eingespart werden. Der Gemeinderat hat versprochen, uns das Paket noch vor Ende Jahr vorzulegen. Die Referentin ist gespannt auf das Ergebnis und nimmt an, es werde auch zu politischen Diskussionen führen.

Der Finanzplan wurde in der FIKO am 23. August unterschiedlich beurteilt. Einig war man sich, dass er ein wichtiges Steuerungsinstrument sei. Er wird mehrheitlich als unspektakulär und ohne Überraschungen bezeichnet. Es gab aber auch enttäuschte Reaktionen. Die einen fanden, die künftige Wirtschaftslage sei viel zu rosig eingeschätzt worden, die anderen haben die Schätzungen als realistisch gewertet. Die Direktorin FPI und die Fachleute ihrer Direktion haben viele Fragen beantwortet: Die in der Budgetperspektive (S.18 unten) aufgeführten Defizite von rund 8 Mio Franken ab 2004 (Defizite trotz zusätzlicher Massnahmen) seien vernachlässigbar und verantwortbar. Sie hätten buchhalterisch sogar eventuell ausgemerzt werden können. Das 10. Massnahmenpaket sei aufgrund der mehrjährigen Entwicklung in der Finanzplanung neu beurteilt und von ursprünglich geplanten 25 Mio auf 18 Mio herabgesetzt worden. Zur StaBe ist uns von der Verwaltung nochmals versichert worden, dass die finanzielle Wirkung nachhaltig sei. Neuinvestitionen würden künftig auf 30–35 Lebensjahre abgeschrieben, was linear nur noch rund 3% ausmache. Auf eine Frage, ob im Gemeinderat nach dem 10. bereits ein 11. Sparpaket zur Diskussion stehe, erteilte die Finanzdirektorin keine konkrete Antwort.

In der **Investitionsplanung** steigt der Nettoaufwand des Verwaltungsvermögens (ohne Sonderrechnungen und Anstalten) in den Jahren 2004 und 2005 stark an, nämlich auf 53 resp. 61 Mio Franken. Er sinkt dann aber im Jahr 2006 wieder auf rund 40 Mio ab. Die Erhöhung ist vor allem auf eine Ballung von Grossvorhaben in den nächsten Jahren zurückzuführen (z.B. Tram Bern-West, Verkehrsberuhigung Länggasse, Masterplan Bahnhof u.a.). Bei der **mittelfristigen Investitionsplanung** sind Prioritäten gesetzt worden, wie dies von politischer Seite gefordert worden ist. Der Investitionsplan hat in der FIKO nicht zu heftigen Diskussionen geführt. Die SVP hat jedoch kritisiert, es seien Projekte in der mittelfristigen Planung, die ohne weiteres in die längerfristige Planung verschoben werden könnten. Die Referentin findet, welche Projekte wann umgesetzt werden sollen, müsse politisch ausgehandelt werden. Zusammenfassend beurteilt sie die Stimmung in der FIKO zum Finanzplan ungefähr zwischen einer mittleren Zufriedenheit und einer mittleren Unzufriedenheit.

Fraktionserklärungen

Stephan Hügli für die FDP-Fraktion: Wir sind mit dem vorliegenden Finanzplan nicht zufrieden, weil er zeigt, was ungefähr zu erwarten ist und er äusserst optimistisch ist. Stephan Hügli dankt dem Finanzverwalter und seinen Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen jedoch für ihre grosse Arbeit und die guten Kommentare und Beschreibungen im Finanzplan. Wie der nächste Finanzplan mit NSB aussehen wird, steht noch nicht fest. Seit Jahren wird gesagt, die Zitrone sei ausgepresst, es ist jedoch immer noch möglich, Millionen zu finden und zu sparen. Offenbar ist die Zitrone doch nicht ausgepresst. Ob die im 10. Massnahmenpaket enthaltenen 20 Mio tatsächlich eingespart werden können, steht noch in den Sternen. – Nicht zuletzt dank dem Entscheid des Stadtrats zu StaBe gelang es, ein ausgeglichenes Budget 2003 vorzulegen – das Volk hat der StaBe jedoch noch nicht zugestimmt. Tatsache ist, dass der StaBe-Effekt abnehmend ist, d.h. er wird nach 10 Jahren noch rund 10 Mio betragen. – Zum EWB liegt ein Antrag der Fraktion GFL/EVP vor. Auf S.6 des Finanzplans wird jedoch dargestellt, dass keine Möglichkeit besteht, vom EWB eine höhere Gewinnablieferung zu verlangen als von Gesetzes wegen zugelassen ist. – Stephan Hügli trägt heute wieder eine rote Krawatte, weil mit oder ohne zusätzliche Budgetmassnahmen ab 2004 bereits wieder ein Defizit ausgewiesen werden muss. Er beurteilt den Finanzplan als äusserst optimistisch, jedoch nicht un-

realistisch. Gouverner heisst prévoir, auch vorsichtig sein und eher pessimistisch planen und hoffen, dass das Resultat besser sein wird. Zum 10. Massnahmenpaket, womit rund 16 bis 18 Mio Franken eingespart werden sollen: Stephan Hügli geht davon aus, dass es auch die Option 5 statt 7 Gemeinderäte und die Feuerwehersatzabgabe enthält. Diese beiden Sachen werden vom Volk wahrscheinlich ein weiteres Mal abgelehnt. In den bisherigen Massnahmenpaketen war auch immer die Verbesserung der Strassenrechnung enthalten. Richtig ist, dass der Betrag langsam auf realistische Werte reduziert wurde – wie wir das immer gefordert haben. Mit den im Finanzplan erwähnten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen sind wir einverstanden – ausser denen zum Wirtschaftswachstum, das wahrscheinlich zu optimistisch eingeschätzt worden ist, da eine leichte bis mittlere Rezession zu erwarten ist. Das Wirtschaftswachstum wird deshalb in den nächsten Jahren eher bei 0 oder unter 0 liegen. Damit wird hoffentlich auch die Teuerung nicht kräftig steigen und weiterhin unter 1% liegen. Bereits bei der Behandlung der Rechnung haben wir darauf hingewiesen, dass bei den Steuereinnahmen und der Steuerentwicklung sehr viel Gefahrenpotential enthalten ist, nämlich dass juristische Personen gestützt auf hohe Gewinne in guten Jahren falsch eingeschätzt worden sind und Geld zurückfordern werden (z.B. Ascom). Stephan Hügli dankt auch für den informativen Kommentar zu den Budgetperspektiven. Der Personalaufwand wird nur sinken, weil Personal in die selbständig werdenden Unternehmen verschoben wird. Unter dem Strich steigt jedoch der Personalaufwand. Ist dies richtig bei stagnierenden Einwohnerzahlen? Gleichzeitig wird viel Geld für EDV eingesetzt. In der Privatwirtschaft führte diese Tatsache dazu, dass administrative Arbeiten auf 50% oder 20% gesenkt werden konnten. Das Personal sollte am richtigen Ort für die richtigen Aufgaben eingesetzt werden. Stephan Hügli hofft, dass der Betrag für die Investitionsplanung im Jahr 2006 wieder niedriger sein wird, befürchtet jedoch - weil ein Planungshorizont fehlt – dass doch wieder eine höhere Zahl eingesetzt werden muss. Der Rahmen von rund 40 Mio sollte jedoch eingehalten werden können. Die Tabelle auf Seite 18 zeigt, dass ohne zusätzliche Sondermassnahmen wie 10. Massnahmenpaket wieder ein Defizit von 20 Mio Franken ausgewiesen werden muss. Fazit: Wir sind noch nicht über den Berg, sondern müssen weiterhin hart arbeiten, um die Stadtfinanzen in den Griff zu bekommen und den Schuldenberg abzutragen. Der Rat möge den Finanzplan zur Kenntnis nehmen.

Für die Fraktion GFL/EVP spricht *Peter Künzler* (GFL). Der vorliegende Finanzplan ist gut und nachvollziehbar und in einer Art finanztechnischer Sprache abgefasst, die verstanden wird. Wir möchten den Verantwortlichen für die grosse Leistung unsere Anerkennung aussprechen. Der Gemeinderat stellt seine Schlussfolgerungen zum Finanzplan unter den Titel: Vom Umgang mit Chancen und Risiken. Das ist ein ausgezeichnete Titel für einen Finanz- und Investitionsplan. Wir vermissen jedoch den Bezug zu den politischen Zielen und klare weiterführende Worte der politisch Verantwortlichen. Es könnte z.B. über das Thema Lebensqualität und ihre Entwicklung in der Stadt Bern etwas gesagt und dies in Bezug zur Verbesserung der Wohnsituation und deren Einfluss auf die Einwohnersituation und damit u.a. auch wieder zur Finanzlage gesetzt werden. Es könnte auch etwas zur Kultur gesagt werden – mit ähnlichen Bezügen zur Finanzlage. In einen modernen Finanzplan einer rot-grünen Regierung gehört unserer Meinung nach auch etwas über die globale Mitverantwortung, z.B. welche Kulturinstitutionen mit den vorhandenen Mitteln primär gefördert werden sollen. Was tun wir zur Verbesserung der Strassenräume? Wie stellt sich die Stadt zur Weiterführung der lokalen Agenda 21? Da wir finden, die Mitverantwortung sei wichtig, haben wir einen entsprechenden Antrag gestellt, nämlich dass die Unterstützung der lokalen Agenda 21 über 2004 hinaus in der Investitionsplanung belassen wird. Wir vermissen, dass unter dem sehr guten Titel nicht wirklich die Ziele für die Zukunft der Stadt aus der Sicht der politischen Behörden genannt werden. Auch die Stadt Bern leidet wie viele andere Städte und Kantone unter einer neuen Art angewandtem Föderalismus. Wir haben z.B. vernommen, dass die kantonalen Beiträge an die

Strassenrechnung weiter gekürzt werden sollen. Die Finanzplanung ist für die Zukunft der Stadt Bern zentral. Gerade deshalb sollte der Gemeinderat darin die Ziele nennen, ja sogar beschwören, d.h. festhalten, dass trotz der vorhandenen Widrigkeiten die Ziele nicht aufgegeben werden und er sich nicht darauf beschränken werde, das Geld auszubalancieren. Wer nur an das Geld denkt, wirtschaftet schlecht.

Michael Jordi (GB) nimmt den Finanzplan im Namen der Fraktion GB/JA!/GPB zustimmend zur Kenntnis. Peter Künzler hat eigentlich recht, wenn er verlangt, dass der Finanzplan mit den Legislaturrichtlinien verglichen, Übereinstimmungen gesucht und geprüft werden sollte, was umgesetzt werden kann. Andererseits kann jedoch dieses ganzheitliche Denken nicht in jeder Debatte in extenso ausgeführt werden. Ein Finanzplan sagt uns primär zwei Dinge: 1. Wie die Stadt mittelfristig die Entwicklung voraussieht und 2. welchen politischen Spielraum das Parlament für ein eigenständiges Handeln hat. Die Zukunft scheint zwar nicht sehr rosig, aber auch nicht kohlrabenschwarz, sondern eher trüb. Sicher ist, dass nicht auf ein weiteres Sparpaket in der Grössenordnung von 15 Mio Franken verzichtet werden kann, auch wenn StaBe eingeführt wird. Das hat verschiedene Ursachen: Das Filag bringt weniger Geld in die Kassen als ursprünglich vom Kanton versprochen und die Zentrumslasten werden nur zu einem Bruchteil kompensiert. Dazu kommen die reduzierten Kulturverträge, die von den Aussengemeinden weniger Geld einbringen als geplant und die SAR-Massnahmen des kantonalen Sparpaketes, deren Auswirkungen noch ungewiss sind. Der Kanton spielt schon wieder mit gezinkten Karten, wenn er die LSVA-Gelder für den Strassenunterhalt alle in die eigene Tasche stecken will. Auch der Wegfall der Billettsteuer reisst ab 2004 ein Loch von rund einem Viertel eines Steuerzehntels in unsere Kassen, und, und, und. Der Kanton lädt somit weitere Säcke von Aufgaben auf den Rücken der Stadt und nimmt Geldsäcke weg.

Die Ausgaben welche die Stadt selber steuern kann, haben wir im Griff. In der FIKO haben wir lange über die Einnahmenprognose gesprochen. Die bürgerliche Seite vermutet, dass die Steuereinnahmen bei den natürlichen und vor allem den juristischen Personen zu grosszügig budgetiert worden sind. Michael Jordi glaubt, das Gegenteil sei der Fall. Die Annahmen für die Steuerentwicklung sind nach Ansicht unserer Fraktion eher defensiv, zurückhaltend und vorsichtig. Dass nicht mehr mit dem Steuersegen des letzten Jahres gerechnet werden kann, ist in den Finanzplan einbezogen worden. Längerfristig positiv zu Buche schlägt in Zukunft die jährliche Steuerveranlagung. Durch den Finanzplan bestimmt wird der politische Handlungsspielraum. Hier sieht es ziemlich düster aus, denn auch wenn die Finanzlage langfristig ausgeglichen ist, erlaubt dies keine grossen Sprünge. Das Parlament darf sich deshalb aber nicht von der politischen Bühne des Handelns verabschieden. Es muss möglich sein, Anträge zu stellen, die etwas kosten und Vorschläge zu unterbreiten, um die Wohnsituation zu verbessern, neue Kinderbetreuungsplätze zu schaffen, den Verkehr zu beruhigen, für den Breitensport und die Gesundheitsförderung etwas zu tun. Sonst können wir den Laden zu machen und das Szepter dem Finanzverwalter in die Hand geben. Aber wir müssen zusätzlich Spielraum schaffen. Das Grüne Bündnis hat dies im letzten Winter mit verschiedenen Vorschlägen und Vorstössen zur Neuausrichtung der Tourismusunterstützung, zum Zivilschutz und zu andern Bereichen versucht, und wir werden dies weiter tun. Wir sagen also nicht nur, welche Sachen die Stadt besser machen sollte, sondern auch wie sie zu finanzieren wären. Wir erwarten auch von einer SVP, die das Budget heute mit einem Rückweisungsantrag bekämpft und von heute auf morgen verlangt, dass zum 10. Sparpaket zusätzliche Millionen aus dem Hut gezaubert werden, dass sie heute Abend den Zauberstab selbst in die Hand nimmt und zeigt, was sie kann.

Der Finanzplan ist transparent und kommt ungeschminkt daher. Der Investitionsplan setzt unserer Ansicht nach nicht in jedem Fall die richtigen Prioritäten. Darüber können wir jedoch reden, wenn die Vorlagen im Stadtrat behandelt werden.

Für die Fraktion SVP/JSVP spricht *Margrit Thomet*. Der vorliegende Finanzplan ist eng mit dem Budget 2003 und dem Investitionsbudget 2003 verbunden. In den vergangenen Jahren hatten wir das riesige Glück, dank einmaligen Erträgen aus den Verkäufen von Schulhäusern und Rückzahlungen von Guthaben die laufende Rechnung ausgeglichen präsentieren zu können, die vorgeschriebenen Schuldentilgungen vorzunehmen und letztes Jahr konnten sogar mit einem Schlag die neurechtlichen Defizite von 68 Mio Franken beglichen werden. Die Hoffnung, dass durch diese glücklichen Umstände für den städtischen Finanzhaushalt mehr Luft und Freiraum entstanden ist, wird mit dem vorliegenden Finanzplan zerstört. Zwar müssen wir dank der Tilgung der neurechtlichen Defizite in Zukunft weniger Schuldzinsen einsetzen, demgegenüber steht jedoch die Prognose (Seite 7), dass für neue Anleihen mit fünf- bis zehnjähriger Laufzeit ein Zinssatz von 4% und 4½% gilt. Ziehen wir die Schuldenentwicklung in den nächsten 4 Jahren in Betracht, können wir in den Jahren 2003 und 2004 ohne Neuverschuldung auskommen – dank der Auslagerung der StaBe. Doch auch dieser Effekt der buchhalterischen Entlastung von 20 Mio Franken ist offenbar sehr rasch verpufft, weil schon ab dem Jahr 2004 wieder neurechtliche Defizite entstehen werden. In der FIKO wurde seitens der Verwaltung argumentiert, ein Defizit von bis zu 10 Mio sei in Anbetracht des Gesamtaufwandes vernachlässigbar. Diese Optik finden wir falsch, da sich die sog. nicht nennenswerten Defizite schon im Jahr 2006 auf einen neurechtlichen Finanzfehlbetrag von 19,4 Mio addiert haben. Der Gemeinderat kann also die finanzpolitischen Grundsätze zum Teil nicht einhalten. Der zentrale Grundsatz, keine Budget- und Rechnungsdefizite (Seite 15), kann nicht erfüllt werden. Dieses Nichterfüllen einer Kernaufgabe der Finanzplanung ist höchst unbefriedigend. Unweigerlich kommt hier, wie beim Budget 2003, erneut die Frage auf, ob es überhaupt richtig ist, die StaBe in den Finanzplan einzubeziehen. Die Stadt sollte die Ausgabenpolitik neu überdenken, vor allem auch in Bezug auf die Prioritätensetzung in der vorliegenden Investitionsplanung. Erstaunlich ist die genannte Lohnkostenentwicklung. Zwar reduziert sich der Personalaufwand 2003 der Auslagerung der StaBe wegen, doch bereits 2006 überrunden die Lohnkosten den heutigen Stand. Durch die Übertragung von Aufgaben an den Kanton, durch Ausgliederungen von Werken und StaBe sind die Aufgaben und das Investitionsvolumen beträchtlich gesunken. Das muss in Zukunft eine Reduktion des Personalaufwandes zur Folge haben. Zudem wird die Wirtschaftslage in Bezug auf die zukünftigen Steuererträge zu rosig eingeschätzt. In den erhofften Mehreinnahmen und Einsparungen von gesamthaft 18 Mio Franken im 10. Haushaltsanierungspaket sind Projekte politisch kaum umsetzbar, z.B. die immer wiederkehrende Forderung zur Einführung der Feuerwehrsteuer oder die Verkleinerung des Gemeinderats von 7 auf 5 Mitglieder. Unsere Fraktion ist vom vorliegenden Finanzplan aus den oben erwähnten Gründen sehr enttäuscht und kann ihn deshalb kaum ernsthaft zur Kenntnis nehmen. Der Finanzplan ist von der Verwaltung sehr seriös ausgearbeitet worden, wir fechten aber die politischen Schwerpunkte an.

Margrith Beyeler (SP) für die Fraktion SP/JUSO: Wir nehmen heute einen Finanzplan zur Kenntnis, der die finanzpolitische Zukunft ohne zu beschönigen aufzeigt. Wir erachten diesen Plan als gutes Hilfsmittel und erkennen in ihm ein Führungsinstrument für die Exekutive. Der Finanzplan ist und soll eine rollende Planung für die nächsten vier Jahre sein. Dass der Gemeinderat dazu übergeht, bei den Investitionen noch klarer Prioritäten zu setzen, finden wir angebracht. Dass jedoch überwiesene Vorstösse in der Prioritätenliste plötzlich immer weiter nach hinten rücken, z.B. Vorstösse zu Quartierberuhigungsmassnahmen oder ganz aus der Planung verschwinden wie die überwiesene Motion: Mehr Chancen für benachteiligte Gruppen auf dem Wohnungsmarkt, ist für uns nicht nachvollziehbar: Für die Jahre 2003 – 2005 ist eine Teuerung von 1,5% eingeplant worden. Für unsere Fraktion ist klar, dass nicht mehr auf Kosten des Personals gespart werden darf. Die Forderung nach Beteiligung an den Einnah-

men aus der leistungsabhängigen Schwerverkehrsabgabe LSVa muss beim Kanton noch einmal mit Nachdruck gestellt werden – SAR hin oder her. Die generellen Benachteiligungen der Gemeinden bei der Verteilung der Einnahmen aus dem Strassenverkehr und die überdurchschnittliche Belastung der Stadt Bern durch Gemeindestrassen mit überörtlicher Bedeutung berechtigen einen Kostenanteil. Wir brauchen eine faire Abgeltung unserer Lasten. Wir haben Anrecht auf einen Anteil der Bundesgelder, die der Kanton erhält und dazu braucht, um seine Schulden abzubauen. Andererseits beschliesst der gleiche Kanton Steuergelder, welche die Stadt mittragen muss. Der Kanton spart somit auf dem Buckel der Stadt Bern, resp. auf dem Buckel der Bevölkerung, die im Kanton Bern lebt, insbesondere im Bildungs-, Gesundheits- und Fürsorgebereich – alles Bereiche, die Kosten für die Gemeinden verursachen. Die Schuldenlast des Kantons darf nicht weiter auf die Gemeinden übertragen werden. Die mit der Regionalen Kulturkonferenz und mit dem Kanton ausgehandelte Finanzierungslösung für die neuen Subventionsverträge mit den grossen kulturellen Institutionen entsprechen wohl der Kostenwahrheit, aber für die Stadt ist der Verteilschlüssel nicht befriedigend. Der Finanzplan 2003–2006 zeigt klar auf, dass die Einnahmen nicht ausreichen, um die Aufgaben erfüllen zu können. Es braucht noch grosse Anstrengungen. Nur ein ausgeglichener Finanzhaushalt gibt uns den notwendigen Handlungsspielraum zu Gunsten einer handlungsfähigen, sozialen, offenen und lebendigen Stadt.

Direktorin FPI *Therese Frösch* dankt der FIKO-Präsidentin für ihre geschickte Führung der FIKO und ihre Ausführungen zum Finanzplan. Wir sind froh, wenn das Schröpfgesetz wegfällt, denn wir wurden verpflichtet, dem Kanton seiner misslichen finanziellen Lage wegen während einigen Jahren 5 Mio Franken zu entrichten. – Stephan Hügli zieht den Schluss, die Zitrone sei noch nicht ausgepresst. Dies stimmt nicht. Das 10. Massnahmenpaket greift erst für 2004. Einige Beschlüsse des 9. Pakets sind sehr schwierig umzusetzen (Botanischer Garten, Ecole française usw.). Die Anforderungen der Gesellschaft sind immer noch sehr hoch. Umso mehr als auch die Tagesschulen von den Gemeinden übernommen werden sollen. – Peter Künzler bestätigt sie, es wäre gut, wenn die Legislaturrichtlinien und der Finanzplan verknüpft werden könnten. Dies bedingte jedoch, dass auch die Strukturen der beiden Papiere übereinstimmen. Edith Olibet hat damals Finanzpläne analog derjenigen von Ostermündigen gefordert. Diese Forderung haben wir erfüllt. Mit solchen Finanzplänen werden Ziele in die finanzpolitischen Gefässe oder in die betriebswirtschaftlichen Möglichkeiten umgesetzt. Es wurden somit die Rahmenbedingungen in finanzieller Hinsicht ausgeleuchtet, jedoch davon ausgegangen, dass z.B. Kultur an sich definiert sei, d.h. der Ausgangspunkt war ein anderer. Eine Übereinstimmung ist jedoch selbstverständlich: Ziele der Legislaturrichtlinien – NSB-Budget – Vorgaben – Controlling. Bei einem Kultur-Controlling z.B. werden kulturpolitische wie auch finanzpolitische Indikatoren überprüft. Der Finanzplan wurde wie vom Stadtrat gefordert eingeführt. Falls er etwas anderes wünscht, müsste dies verlangt werden. Es stimmt, dass wir heute nach dem SAR bereits einen neuen Finanzplan schreiben könnten. Auch andere Sachen haben sich verändert. Wir haben jedoch beschlossen, keine unnötigen Arbeiten auszuführen, den vorliegenden Finanzplan so zu belassen und die konsolidierten Veränderungen in den nächsten Finanzplan einzubeziehen. Immer im Juni wird der Finanzplan dem Gemeinderat mit dem Budget vorgelegt. Gewisse Prozesse sind viel anspruchsvoller geworden und es kann nicht erwartet werden, dass dies nicht zusätzliche Arbeitskräfte absorbiert. Margrit Thomet hat festgehalten, ihre Fraktion sei vom Budget sehr enttäuscht. Es entspreche überhaupt nicht ihren Vorstellungen und gespart worden sei nicht. Sie findet, StaBe sollte abgelehnt werden und erteilt der Stadt sehr schlechte Noten. Gleichzeitig erhalten wir immer wieder Hiobsbotschaften vom Kanton. Leben die SVP und die Direktion FPI eigentlich auf dem gleichen Planeten? Wir versuchen immer wieder, unter erschwerten Bedingungen die Stadt zu sanieren, was uns recht gut gelungen ist. Wir haben die Ausgaben eigentlich im Griff. Wir werden im

nächsten Jahr einen neuen Finanzplan unterbreiten und ein 10. Massnahmenpaket ist in Ausarbeitung. Falls eine Verzögerung wichtiger noch zu berücksichtigender Abstimmungen wegen erfolgen sollte, wird das Massnahmenpaket im November mit gewissen noch offenen Resultaten unterbreitet werden.

Der Stadtrat nimmt den Finanzplan 2003–2006 zur Kenntnis.

2 Voranschlag für das Jahr 2003

Antrag Nr. 161

- I. Die Stadt Bern, nach Einsicht in die Botschaft des Stadtrates vom 19. September 2002, gestützt auf Artikel 36, Buchstabe g der Gemeindeordnung, beschliesst:
 1. Der vom Stadtrat angenommene Voranschlag der Laufenden Rechnung für das Jahr 2003 wird genehmigt.
 2. Der Gemeinderat hat im Jahr 2003 folgende Gemeindesteuern zu beziehen:
 - a) auf den Gegenständen der Staatssteuern das **1,54fache** der für Staatssteuern geltenden Einheitssätze (unverändert);
 - b) eine Liegenschaftssteuer von **1,5 Promille** des amtlichen Wertes (unverändert);
 - c) eine Beleuchtungsabgabe von **0,125 Promille** des pflichtigen Grundeigentums nach dem amtlichen Wert (unverändert);
 - d) eine Hundetaxe von Fr. 100.00 (unverändert).
- II.
 1. Der Stadtrat genehmigt die Botschaft an die Gemeinde.
 2. Er genehmigt die für die sieben Pilotprojekte Berufsfeuerwehr, Jugendamt, Gesundheitsdienst, Stadtgärtnerei, Informatikdienste, Schul- und Büromaterialzentrale und Abfallentsorgung vorgelegten Produktgruppenbudgets 2003 unter Vorbehalt der Genehmigung des Voranschlages für das Jahr 2003.

Rosmarie Okle Zimmermann (SP) spricht im Namen der FIKO. Vor uns liegt der Voranschlag der Stadt Bern für das Jahr 2003. Er ist erfreulicherweise ausgeglichen mit Ausgaben und Einnahmen von rund 867 Mio Franken. Es ist der letzte Voranschlag in der bisherigen uns vertrauten Form. Ab nächstem Jahr werden wir uns mit Produktgruppenbudgets flächendeckend über die ganze Verwaltung auseinandersetzen müssen. Ausgeglichen ist der Voranschlag trotz 21,7 Mio Franken Abschreibungen, die gemäss kantonalen Vorschriften jährlich auf dem aufgelaufenen altrechtlichen Bilanzfehlbetrag vorgenommen werden müssen. Der neurechtliche Bilanzfehlbetrag konnte bekanntlich nach dem unerwartet guten Rechnungsabschluss 2001 ganz getilgt werden. Der Gemeinderat musste ein ausgeglichenes Budget vorlegen, weil der Finanzplan nicht so gut aussieht, dass ein neues Defizit vorschriftsgemäss in 8 Jahren abgebaut werden kann. Allerdings – und dies ist auch für das Budget wichtig – steht und fällt der Voranschlag mit der Volksabstimmung über die Auslagerung der Stadtbauten. Und dieser Ausgang ist noch nicht gesichert. Die StaBe soll – wie im Budget bereits erhalten – der Stadt eine jährliche Entlastung von rund 20 Mio Franken bringen. Dass der Voranschlag 2003 dem Volk gleichzeitig mit StaBe am 24. November 2002 vorgelegt wird, halten einige Parteien für fragwürdig. Die Referentin ist jedoch überzeugt, dass das Berner Stimmvolk in der Lage ist, die Verknüpfung des Budgets mit den Stadtbauten zu erkennen. Dies ist in der Botschaft auch gut und transparent dargestellt.

Ein Problem ergab sich für uns Stadtratsmitglieder beim Lesen des Voranschlags. Er ist kaum mit dem Vorjahr vergleichbar, obwohl die Einführung und die Darstellung sehr gut sind. Dafür

dankt die Referentin der Verwaltung herzlich. Einerseits gab es Veränderungen der StaBe wegen, andererseits geschieht die Zahlenerfassung im Hinblick auf die flächendeckende Einführung von NSB neu nach Produktgruppen. Die Verwaltung gab sich jedoch grosse Mühe, die Werte aus dem Voranschlag 2002 so gut wie möglich umzurechnen, um Transparenz zu schaffen.

Aus allen Informationen im Vortrag, im Vorbericht zum Budget und in der Botschaft selber pflückt die FIKO-Präsidentin einige ihr wichtig scheinende Aspekte heraus:

- **Haushaltverbesserungsmassnahmen:** Der Gemeinderat ist dabei, die bisherigen Sanierungspakete konsequent umzusetzen. Im Jahr 2003 sollen zusätzliche 7,5 Mio wirksam werden. Die finanzielle Situation der Stadt ist jedoch noch nicht gesichert. Ein **10. Massnahmenpaket** ist dringend nötig.
- Der **Personalaufwand** sinkt zwar um 11,5 Mio Franken trotz Teuerungsausgleich von 1%. Dies ist jedoch vor allem auf die geplante StaBe zurückzuführen. Der Prozentanteil der Personalkosten am gesamten Aufwand bleibt mit 33,8% ungefähr gleich wie im Budget 2002.
- Der **Sachaufwand** steigt – auch dies vor allem der StaBe wegen. Ein Vergleich mit dem Vorjahr ist auch hier kaum möglich.
- Erfreulich ist, dass die **Passivzinsen** um 16,5 Mio Franken sinken – einerseits des Abbaus von Fremdkapital, andererseits der günstigen Zinsverhältnisse wegen.
- Trotz Sparmassnahmen werden jedoch **auch wichtige sozial- und bildungspolitische neue Aufgaben** in Angriff genommen. Sie halten sich mit 1,4 Mio Franken in sehr bescheidenem Rahmen. Der grösste Brocken sind die 800 000 Franken für die dringend benötigten Tagesbetreuungsplätze. Es muss kaum betont werden, was auch die Wirtschaftsfachleute sagen und was mittlerweile schweizweit politisches Allgemeingut geworden ist, nämlich, dass jeder Franken, der in Tagesbetreuungsplätze investiert wird, wieder zurück kommt. Sei es, indem die Steuereinnahmen zunehmen, sei es, indem die Sozialausgaben sinken usw.
- Mit einem um 14 Mio Franken **höheren Steuerertrag** ist trotz der zur Zeit unsicheren Wirtschaftslage vorsichtig budgetiert worden.
- Der **Cashflow** sinkt gegenüber dem Vorjahr um 22,5 auf 45,8 Mio Franken.
- Auch der **Selbstfinanzierungsgrad** sinkt von 69% auf 64,8%. Damit können rund 2/3 der Nettoinvestitionen in das Verwaltungsvermögen aus eigenen Mitteln finanziert werden.

Die FIKO hat den Voranschlag 2003 an zwei Sitzungen beraten. Das Eintreten gab viel zu reden, u.a. weil zum Zeitpunkt der FIKO-Diskussion der Entscheid des Stadtrats zu StaBe noch nicht vorlag. Einige wollten überhaupt nicht eintreten, und die Fraktion SVP/JSVP stellte einen Rückweisungsantrag. Einige waren nicht glücklich über den gleichzeitigen Abstimmungstermin für StaBe und Budget. Nach einem kurzen Unterbruch zur Beratung des weiteren Vorgehens standen zwei Anträge zur Diskussion: Der Antrag der Fraktion SVP/JSVP, das Budget sei an den Gemeinderat zurückzuweisen mit der Auflage, ein ausgeglichenes Budget ohne StaBe vorzulegen. Dieser Antrag wurde mit 6 : 2 Stimmen bei 3 Enthaltungen abgelehnt. Der zweite Antrag auf Eintreten und Schlussabstimmung erst in der FIKO-Sitzung vom 9. September – nach dem Stadtratsentscheid über StaBe – wurde einstimmig angenommen. Damit war der Weg frei für die Beratung der einzelnen Direktionsbudgets. Vorgängig führten je eine FIKO-Delegation bei jeder Direktion eine Budgetdiskussion und stellte Fragen, die von den Fachleuten beantwortet worden sind. Der FIKO-Präsidentin wichtig scheinende Ergebnisse aus diesen Budgetdiskussionen:

Bei der **Direktion Hochbau, Stadtgrün und Energie** ist die Idee, die Stadtwerke Bern sollten künftig 20% ihres Gewinns abliefern, nicht auf Begeisterung des anwesenden Gemeinderats gestossen. Die FIKO beschloss keinen Antrag, will jedoch das Thema Gewinnablieferung EWB für eine spätere Sitzung traktandieren. Jetzt liegt ein Antrag der Fraktion GFL/EVP mit

der Forderung vor, die SWB sollten im nächsten Jahr einen um 2 Mio höheren Gewinn abliefern.

Bei der **Direktion für öffentliche Sicherheit** gaben 3,4 Mio Budgetüberschreitung zu reden, die auf frühere falsche Berechnungen der Parkgebühren zurückzuführen sind. Offenbar wurden die Zahlen jetzt realistischer eingesetzt. Der Direktor DSI verwies auch auf die Motion Blaser, die künftig zu mehr Parkeinnahmen führen soll.

Bei der **Direktion für soziale Sicherheit** ist ein Antrag der Fraktion GB/JA!/GPB abgelehnt worden, mit dem der Unterstützungsbeitrag von 100 000 Franken für das Frauengesundheitszentrum wieder in das Budget aufgenommen werden sollte.

Die FIKO stellte keine inhaltlichen Anträge zum Budget, einzig ein paar Korrekturanträge, die unbestritten waren. Es handelt sich bei allen um buchungstechnische Korrekturen. Sie sind mit einer Ausnahme, die das Budget um 50 000 Franken entlastet, nicht budgetwirksam. In der FIKO-Sitzung vom 9. September fand die Schlussabstimmung statt. Nach einer kurzen Diskussion über den gemeinsamen Abstimmungstermin für StaBe und Voranschlag wurde das Budget 2003 mit 5 : 1 Stimme bei 3 Enthaltungen genehmigt. Die FIKO stimmt den Steuersätzen für Staatssteuer und Liegenschaftssteuer, der Beleuchtungsabgabe und der Hundetaxe einstimmig zu. Zur **Abstimmungsbotschaft** stellt die FIKO die schriftlich vorliegenden Anträge, welche die Referentin später kurz begründen wird. Abschliessend empfiehlt sie dem Rat im Namen der FIKO-Mehrheit, auf den Voranschlag 2003 einzutreten und ihn zu genehmigen. Zum NSB-Budget, das von GPK und FIKO gemeinsam beraten worden ist, wird der GPK-Präsident referieren. Auch diese Diskussionen fanden in einem guten Klima statt.

- Hier übernimmt der 1. Vizepräsident Beat Schori den Vorsitz. -

Rudolf Schweizer (SVP), GPK-Präsident: Leider hat sich gegenüber dem Vorjahr in Sachen allzu kurzfristige Zustellung des Budgets nichts geändert. Es darf nicht sein, dass der Gemeinderatsbeschluss vom 26. Juli 2002 beim Ratssekretariat erst am 15. August 2002 eintrifft und die GPK/FIKO-Delegationen innert 6 Tagen mit den Direktionen Termine festlegen und die einzelnen Budgets diskutieren müssen. Gemeinderat und Verwaltung werden gebeten, dafür zu sorgen, dass in Zukunft für die Vorbereitung mehr Zeit zur Verfügung steht. Zudem sollen an der Gesamtsitzung inskünftig alle Gemeinderäte und Gemeinderätinnen bei der Behandlung ihrer Produktgruppenbudgets anwesend sein. Ihre Präsenz gilt auch als Zeichen der Wertschätzung für die geleistete Arbeit eines Milizparlaments.

Wir sind uns bewusst, dass im nächsten Jahr mit der flächendeckenden Einführung von NSB alles anders aussehen wird. Die Grundidee der Wirkungsorientierten Verwaltungsführung ist die sogenannte Wirkungs- oder Outputsteuerung: Die Steuerung orientiert sich primär an den beabsichtigten Wirkungen und Leistungen (Produkte). Neben der Frage, wieviel Geld die Stadtverwaltung zur Verfügung haben soll, rückt auch die Frage, was mit dem Geld erreicht werden soll, ins Zentrum, d.h. das Parlament muss steuern. Mit dem Projekt Neue Stadtverwaltung Bern (NSB) wurde während 7 Jahren in 7 Abteilungen der Stadtverwaltung das als Wirkungsorientierte Verwaltungsführung bezeichnete Modell getestet. Gestützt auf die positiven Erfahrungen mit den Pilotversuchen und dem neuen Instrumentarium im Rahmen des Projekts NSB hat sich der Stadtrat im Juni 2001 für die stadtweite Einführung des Produktgruppen-Budgets und des Jahresberichts ausgesprochen. Die Einführung der beiden Instrumente bedingt entsprechende Anpassungen in der Gemeindeordnung.

Berufsfeuerwehr: Die Fragen wurden von der Fachdelegation schriftlich gestellt und zufriedenstellend schriftlich beantwortet. Zwei Korrekturen sind nötig: *Seite 9* muss es heissen, dass die Bruttokosten um Fr. 535 000.00 sinken. Diese Verminderung resultiert aus einer Einsparung bei der Einsatzleitzentrale (Fr. 375 000.00), weniger Abschreibungen (Fr. 270 000.00) und einem Mehraufwand für die Teuerungszulage (Fr. 110 000.00). Auf *Seite 19* sind

die Kennzahlen nach links gerutscht: Korrektur: Ist 2001 = 747, resp. 2177. Der Direktor DSI verweist auf einen Beschluss des Gemeinderats, der Stützpunkt West sei kostenneutral aufzubauen. Im vorliegenden Produktgruppenbudget sind hierfür keine Mittel enthalten. Es sind keine grossen Investitionen vorgesehen. Bei allfälligen Kosten müsste direktionsintern nach Lösungen gesucht werden. Einzelnen FIKO- und GPK-Mitgliedern sind die Erlöse zu tief budgetiert worden. Ebenfalls wird die Verwaltung gebeten, Erfahrungszahlen besser zu berücksichtigen. Das Produktgruppenbudget 2003 der Berufsfeuerwehr wurde mit 14 : 0 Stimmen bei 3 Enthaltungen genehmigt.

Beim **Jugendamt** handelt es sich um ein äusserst dynamisches Pilotprojekt. Anpassungen an veränderte Bedürfnisse sind laufend nötig und werden auch vorgenommen. Diese Veränderungen haben oftmals Kostenumlagerungen zur Folge. Abweichungen von über 10% müssen in den Bemerkungen erklärt werden, damit sie für die Kontrollorgane nachvollziehbar sind. Generell ist es wünschenswert, die Produkte möglichst unverändert zu belassen, damit vergleichbare Zahlenreihen entstehen. Durch die Finanzierung der stationären Jugendhilfe durch den Kanton ist die Einflussnahme der Stadt sehr eingeschränkt. Die Stadt muss die Vorgaben des Kantons, Einsparungen von 2% auf dem Bruttoaufwand, umsetzen. Es stellt sich die Frage, ob diese Aufgabe unter diesen Umständen nicht dem Kanton überbunden werden sollte. Die Budgeterhöhung um 1,5 Mio Franken resultiert aus Fr. 800 000.00 für 40 zusätzliche Kinderbetreuungsplätze (politischer Auftrag) und Fr. 700 000.00 für die Teuerungszulage an das Personal städtischer und privater subventionierter Einrichtungen. Die Warteliste für Kinderbetreuungsplätze ist etwas kleiner geworden. Aktueller Stand: 730 Wartende. Um die Wartelisten auf einen einigermaßen sinnvollen Stand abbauen zu können, werden in den nächsten Jahren weiterhin mindestens 40 zusätzliche Betreuungsplätze ins Budget aufgenommen werden müssen. Es ist eine politische Frage, ob eine solche Budgeterhöhung akzeptiert werden kann oder ob allenfalls Tarifierhöhungen nötig sind. Zur stationären Jugendhilfe ist festzuhalten, dass der Kanton keine Einrichtungen übernehmen wird, bzw. nicht Träger von Jugendheimen sein will. Im Moment werden 17 Kinderbetreuungsplätze durch Fonds finanziert. Ob diese bei einer Ablösung der Fonds als neue Plätze gelten, muss politisch entschieden werden. Die GPK/FIKO hat einstimmig beschlossen, dass bei der Produktgruppe Kinder- und Jugendförderung (bisher Jugendpflege) Fr. 399 380.00 sowie bei der Produktgruppe familienergänzende Tagesbetreuung für Kinder Fr. 311 000.00 (heute Belastung durch Fondsgelder) = total Fr. 710 380.00 neu ins Produktgruppenbudget des Jugendamts aufgenommen werden müssen. Das so ergänzte Produktgruppenbudget 2003 des Jugendamts wurde einstimmig beschlossen.

Gesundheitsdienst: Es ist erfreulich, dass der budgetierte Nettoaufwand 2003 tiefer ist als in den Vorjahren. Dies zeigt, dass der Gesundheitsdienst die Kosten im Griff hat. Gestützt auf die Berichte über die ambulante Schulsozialarbeit des Gesundheitsdienstes und der integrierten Schulsozialarbeit haben der Leiter Schulamt und die Leiterin Gesundheitsdienst den Auftrag erhalten, ein Gesamtkonzept zu erarbeiten. Dieses soll aufzeigen, was nötig ist, um Probleme möglichst frühzeitig angehen zu können. Der Referent dankt dem Gesundheitsdienst für den Tag der offenen Türe. Das Produktgruppenbudget 2003 des Gesundheitsdienstes wurde einstimmig gutgeheissen.

Von der **Stadtgärtnerei** wurden die Vorgaben eingehalten. Der gegenüber dem Vorjahr höhere Kostendeckungsgrad ist u.a. auf die Erhöhung der Friedhofgebühren zurückzuführen. Diese Erhöhung ist jedoch vom Stadtrat noch nicht beschlossen worden. Daher wurde von der GPK/FIKO verlangt, dass diese geschätzten Mehreinnahmen im Kommentar auf den Seiten 59 und 61 des Produktgruppenbudgets aufgeführt werden. Dazu kommt, dass Leistungen bei öffentlichen Gebäuden z.B. beim Obergericht 1 : 1 gemäss Tarif des Verbandes Schweizerischer Gärtnermeister weiter verrechnet werden. Erfreulich ist, dass die Stadtgärtnerei bei gewissen Leistungen am Markt konkurrenzfähig ist. Leider sind auch eine Zunahme von Van-

dalenschäden an Bäumen und eine Entsorgung von Hauskehricht in Grünanlagen festzustellen, was einen Mehraufwand von Fr. 125 000.00 zulasten der Abfallentsorgung bedeutet. Der Referent bittet die Presse, darauf aufmerksam zu machen, dass Hauskehricht nicht in Grünanlagen entsorgt werden sollte. Das Produktgruppenbudget der Stadtgärtnerei wurde einstimmig genehmigt.

Von den **Informatikdiensten** wird auf die ausführliche Begründung auf Seite 74 verwiesen, weshalb das Produktgruppenbudget 2003 der Informatikdienste (Kosten und Erlöse) recht viel höher ist als im Vorjahr. Die Informatikdienste müssen grundsätzlich einen Kostendeckungsgrad von 100% erreichen. Mit einem Kostendeckungsgrad von leicht über 100% können sich die Informatikdienste nicht zum vorneherein einen Bonus sichern, weil auch der budgetierte Erlös erreicht werden muss. Bei den externen Kunden (Seite 75) geht es u.a. um die Berufsschulen. Der Vertrag konnte mit dem Kanton bis 2003 verlängert werden und wird voraussichtlich noch länger dauern. Die GPK/FIKO hofft, dass alles daran gesetzt wird, dies zu erreichen, da auf diesem Gebiet kostendeckend verrechnet werden kann. Gewisse Probleme ergeben sich durch die Einrichtung des neuen Systems und dadurch, dass die Kosten für den Grossrechner auf immer weniger Aufwendungen verteilt werden können. Die GPK/FIKO ist sehr froh, dass die Informatikdienste dem Kanton für die Schuladministration die Vollkosten verrechnen können. Das Produktgruppenbudget 2003 der Informatikdienste wurde einstimmig genehmigt.

Schul- und Büromaterialzentrale: Die GPK/FIKO bezeichnet die Kundenzufriedenheit für einen solchen Betrieb als aussergewöhnlich hoch. Seitens der Verwaltung wurde mitgeteilt, dass jedes Jahr ein anderes Kundensegment befragt wird. Es hat sich gezeigt, dass städtische Stellen viel kritischer sind als der Kanton und die NGO's. Zur Umstellung auf das alte Bärenlogo war zu erfahren, dass die Drucksachen mit dem neuen Logo bis Ende 2003 aufgebraucht sein werden. Die GPK/FIKO erwartet, dass in der Stadtverwaltung die Briefpost grösstenteils als B-Post frankiert wird. Anzufügen ist, dass 14 Mitarbeitende einen Umsatz von knapp 13 Mio Franken generieren. Beim Einkauf werden vorwiegend Firmen aus Stadt und Kanton Bern berücksichtigt. Erfreulich ist, dass ein Angestellter, der seit zwei Jahren einen Nischenarbeitsplatz besetzte, wieder voll integriert werden konnte. Die GPK/FIKO wünscht von den Direktionen, dass noch mehr ökologisches Papier eingesetzt wird. Das Produktgruppenbudget 2003 der Schul- und Büromaterialzentrale wurde einstimmig angenommen.

Abfallentsorgung: Die GPK/FIKO erinnert daran, dass früher das ganze Strasseninspektorat (SIB) ein NSB-Pilotprojekt war. Nach der Regierungsreform wurde das SIB in das Tiefbauamt integriert. Als Pilotprojekt blieb einzig die Abfallentsorgung übrig. Die Bruttokosten 2003 sind gegenüber dem Voranschlag 2002 leicht gestiegen. Die Nettokosten sind um rund 2,6 Mio höher, weil die Behandlung des Gebührenreglements vertagt wurde. Dieses soll zusammen mit dem Abfallkonzept der Stadt Bern behandelt werden, d.h. bis im Frühjahr 2003 ist ein Abfallkonzept zu erarbeiten. Gestützt auf diese Grundlagen ist das bestehende Abfallreglement zu revidieren und bis März 2004 der GPK vorzulegen. Die GPK erklärte sich bereit, die Teilrevision des Gebührenreglements vorzuziehen, damit die Abfallentsorgung kostendeckend wird. Diese Vorlage wurde an der GPK-Sitzung vom 1. Juli 2002 zuhanden des Stadtrats verabschiedet. Die GPK/FIKO findet eine Aufnahme des Mehrerlöses ins Produktgruppenbudget 2003 etwas fragwürdig, da der Stadtrat die neuen Gebühren erst am 17. Oktober behandelt. Das Produktgruppenbudget 2003 der Abfallentsorgung wurde mit 16 : 0 Stimmen bei 1 Enthaltung genehmigt.

Abschliessend dankt der GPK-Präsident der FIKO-Präsidentin und den Delegationen für ihren grossen Einsatz sowie Gemeinderat und Verwaltung für die geleistete Arbeit. Ganz besonders dankt er den Protokollführerinnen und Protokollführern für die prompte Arbeit und die rasche Zustellung der Protokolle.

Fraktionserklärungen

Für die FDP-Fraktion spricht *Urs Jaberg*. Es sei nicht zu vermeiden, dass er in seinem Votum einiges wiederhole, was sein Fraktionskollege Stephan Hügli zum Finanzplan ausgeführt habe. Dies sei als Hinweis auf die besondere Gewichtsetzung innerhalb der FDP zu sehen. Die FDP hat aktiv mitgeholfen, die StaBe-Vorlage durchzubringen. Es ging ihr dabei jedoch nicht primär darum, dem Gemeinderat zu einem ausgeglichenen Budget zu verhelfen. Ihre Motivation war vielmehr, in diesem Bereich wirtschaftliche Verbesserungen erzielen zu können. Diese Liegenschaften müssen besser bewirtschaftet werden. Dies heisst, dass wir das Budget 2003 trotz Zustimmung zu StaBe nicht vor einer teilweise harschen Kritik verschonen können. Es geht uns dabei insbesondere um folgende Punkte: Die StaBe-Vorlage muss noch dem Volk unterbreitet werden. Die Budgetverbesserung von rund 20 Mio Franken steht somit noch auf recht schwachen Füßen. Im Bereich der Steuererträge sind Prognosen schwierig. Es sind Annahmen getroffen worden, die gute Erträge voraussetzen. Ob diese eintreffen, wird sich zeigen. Der Weg zum Haushaltgleichgewicht ist somit immer noch sehr lang und steinig und für uns eigentlich noch nicht in Sicht. Der Betrag einer LSVA-Entschädigung wird ständig kleiner. Es zeigt sich eine Analogie zum ehemaligen Lastenausgleich, wofür die Summe ganz enorm zusammengeschrumpft ist. In verschiedenen Bereichen mussten Gebühren angepasst und massiv erhöht werden, was eigentlich einer verdeckten Steuererhöhung gleichkommt. Dies gilt es zu berücksichtigen, wenn von ausgeglichenen Budgets gesprochen wird. Verschiedene vorgenommene Kürzungen haben schmerzhaft Folgen, z.B. Münster, Bern Tourismus, Ecole française. Wir warten auch auf das Haushaltverbesserungspaket für 2004, das Einsparungen von 38 resp. 18 Mio Franken enthalten muss. Was kann denn eigentlich noch verkauft werden, da die Sparzitrone doch sehr stark ausgequetscht ist? Wir haben Vorschläge eingebracht, wovon einige überwiesen worden sind. Wir werden sehen, was sie bewirken. Trotz der äusserst angespannten Finanzlage leisten sich Gemeinderat und Stadtrat Ausgaben, die nicht getätigt werden müssten, z.B. Überbauung Schwellenmätteli, die wir erfolglos bekämpft haben. Es ist leider noch keine Trendwende erkennbar, die zeigt, dass das Notwendige von dem was nice-to-have ist, getrennt wird. Ein Kostenvergleich ist äusserst schwierig, da die Grundlagen – wie von der FIKO-Präsidentin ausgeführt – ständig wechseln. Wir werden beim Budget 2004 wieder neue Kostengliederungen zur Kenntnis nehmen müssen.

Bei der **allgemeinen Verwaltung** sinken die Kosten, was auf die noch nicht bewilligte StaBe zurückzuführen ist. Bei der **öffentlichen Sicherheit** sind die Gesamtkosten rückläufig. Wir möchten in Erinnerung rufen, dass diesem Thema in den Bewohnerumfragen ein hoher Stellenwert eingeräumt wird. Die **Bildung** beansprucht den höchsten Nettobetrag, was wir auf dem Hintergrund der Pisa-Studie richtig finden. Zur **sozialen Wohlfahrt** werden im Antrag zum Voranschlag neue Aufgaben in der Höhe von rund 1,5 Mio Franken aufgelistet. Im Gegensatz zu einer Behauptung, sind davon nicht die wünschbaren Investitionen betroffen, sondern weitgehend enge und soziale Bereiche. In Sachen **Verkehr** wird etwas zu Passivzinsen erwähnt. Das ist ein heisses Eisen, weil wir nicht wissen, wie sich diese Passivzinsen erholen werden. Eine Erhöhung der Zinsfüsse hätte vermutlich verhängnisvolle Folgen. Betreffend **Finanzen** muss noch einmal gefragt werden, wie exakt eigentlich die Annahmen der Steuererträge sind (grosszügig oder eng bemessen). Die gebundenen Kosten nehmen in jedem Budget zu, was den Handlungsspielraum des Stadtrats einengt und erschwert. Die **Leistungsverträge**, die immer einen grösseren Anteil ausmachen, werden dem Rat leider zu spät unterbreitet. Urs Jaberg hofft, dass die letzten Donnerstag gemachten Versprechungen eingehalten werden. Er verweist in diesem Zusammenhang auf eine schon lange hängige FIKO-Motion, die vom Rat endlich behandelt werden können sollte.

Die FDP kann leider noch keinen Silberstreifen am Budgethorizont erkennen. Wir stehen immer noch nicht auf festem Boden, d.h. z.B. dass StaBe tatsächlich beschlossen sein müsste.

Es sind auch keine Trends zu erkennen, die unsere Vorbehalte gegenüber dem Voranschlag 2003 ausräumen könnten. Wir fordern deshalb Gemeinderat und Stadtrat auf, in den Sparanstrengungen nicht nachzulassen. Unsere Fraktion wird sich bei der Budgetabstimmung der Stimme enthalten, wird sich jedoch an der Diskussion zu den einzelnen Abänderungsanträgen beteiligen. Trotz Vorbehalten zum Voranschlag 2003 danken wir der Finanzverwaltung für die geleistete Arbeit und Rosmarie Okle Zimmermann für die faire, korrekte Wiedergabe der FIKO-Verhandlungen.

Michael Jordi (GB) für die Fraktion GB/JA!/GPB: Das Budget 2003 ist ausgeglichen und wird es auch bleiben, wenn einige Korrekturanträge gutgeheissen werden. Unsere Fraktion unterstützt dieses Budget, auch wenn wir uns letzten Donnerstag bei der StaBe der Stimme enthalten oder sie abgelehnt haben. Die StaBe ist Bestandteil dieses Budgets, was transparent und für alle klar ausgewiesen wird. Wir haben für eine demokratischere Verwaltung der StaBe gekämpft. Die Mehrheit des Stadtrates wollte dies mit zum Teil etwas seltsamen und unverständlichen Allianzen nicht. Sie ist aber nun im Budget und wir müssen damit leben. Wir können keine bessere Lösung anbieten und jeder/jede, der/die nun das Budget ablehnt oder sich der Stimme enthält, muss aufzeigen, wo diese 20 Mio Franken herkommen sollen. Dies gilt sowohl für die Fraktion GFL/EVP, sollte sie mit dem Gedanken spielen, sich der Stimme zu enthalten, und noch viel mehr für die FDP-Fraktion, welche die StaBe unterstützt und sich wie alle Jahre wieder aus Prinzip bei der Abstimmung zum Budget der Stimme enthält. Wo kriegen wir 20 Mio her und dies nicht schwammig, diffus und ausweichend, so dass am Schluss, wenn's hoch kommt, 2, 3 Millionen reingeholt werden können? Es muss klipp und klar gezeigt werden, wo die 20 Mio geholt werden können. Wir wollen doch nicht die berechtigten Erwartungen der Bürgerschaft in den Wind schlagen und Leistung um Leistung kürzen, so dass man sich am Schluss fragen muss, wieso man Steuern bezahlt. Ein Rasenmäherprogramm geht somit nicht, schon gar nicht nach 9 Sanierungspaketen. Seien wir fair und unterstützen den überlegten Weg, den dieses Budget unter enormem äusseren Druck einschlägt.

Vollends den Vogel schiesst die SVP ab. Wir finden es verantwortungslos, ein Budget zurückzuweisen mit der Auflage, 20 zusätzliche Mio aus dem Hut zu zaubern – dies von heute auf morgen. Wie soll dies geschehen ohne Verträge zu brechen, Leute widerrechtlich auf die Strassen zu stellen und Kinder aus den Tagesbetreuungsstätten wieder nach Haus zu schicken? So geht es nicht. Auch wir sind jedoch der Ansicht, dass das Budget Korrekturen braucht. Die Anträge von GPK/FIKO unterstützen wir. Wir beantragen, das Frauen- und Gesundheitszentrum weiter zu unterstützen, ebenso die Münster-Stiftung und die Ecole cantonale française. Das Geld dafür holen wir uns mit einer berechtigten zusätzlichen Gewinnabschöpfung beim EWB, das bereits eine proppenvolle Reservekasse hat und auch so noch auf eine langfristig gesunde Struktur bauen kann. Kleinlich finden wir den zusätzlichen Kürzungsantrag der Fraktion GFL/EVP zum Stadtplanungsamt. Auch die Anträge der Fraktion SVP/JSVP zur Reithalle und zum Moditräff sowie den FDP-Kompostfresser-Antrag lehnen wir ab.

Wir sind dafür, dass das Budget dem Volk zusammen mit der StaBe-Vorlage vorgelegt wird. Ganz abgesehen davon, dass dies ohnehin in der Kompetenz des Gemeinderats liegt, ist dieses Vorgehen auch transparenter. Sowohl in der einen wie in der andern Abstimmungsbotschaft wird auf den starken inneren Zusammenhang verwiesen. Michael Jordi hält die Stimmberechtigten für genügend mündig, einen entsprechenden Entscheid treffen zu können. StaBe ist für viele ein verzwickter Entscheid, ist und bleibt dies aber auch bei unterschiedlichen Abstimmungsdaten. Sollte StaBe abgelehnt, womit Michael Jordi nicht rechnet, und das Budget angenommen werden, werden wir ohnehin eine politische Sonderrunde einschalten müssen, was besser zwei Monate vorher als nachher geschähe. Aus der Sicht des Gemeinderats ist die Sache klar: Die beiden Vorlagen haben einen inneren Konnex. Dies soll auch zum Aus-

druck gebracht und ein gewisser Druck erzeugt werden. Das findet Michael Jordi nachvollziehbar.

- Hier übernimmt wieder die Ratspräsidentin den Vorsitz. -

Daniel Kast (CVP) für die Fraktion CVP/ARP: Wir haben vom Voranschlag 2003 mit gemischten Gefühlen Kenntnis genommen. Das Budget ist – StaBe sei Dank – ausgeglichen, die Schulden können teilweise abgebaut werden, der Steuerfuss wird nicht erhöht. Das sind positive Merkmale dieses Budgets. Negativ ist, dass die Budgetaussichten gemäss Finanzplan schlecht sind. Die Schulden werden der minimalen Abschreibungen bei StaBe wegen verschoben. Wir fordern in Zukunft höhere Abschreibungssätze. Wir anerkennen, dass der Gemeinderat mit seinen Sanierungspaketen auf dem richtigen Weg ist, sind jedoch der Meinung, dass er in Zukunft noch einen Zacken zulegen und weitere Sanierungspakete vorlegen muss. Potentiale für weitere Einsparungen sehen wir vor allem in der Verwaltung. Unabdingbar ist, dass auch mit der Einführung von NSB weitere Schritte in Richtung Verschlinkung und Effizienzsteigerung gemacht werden. Bei den neu budgetierten Ausgaben haben wir festgestellt, dass vor allem der Familien- und Bildungsbereich betroffen ist. Das ist im Grundsatz richtig, denn Ausgaben für Familien und Bildung sind Investitionen in die Zukunft. Wenn Kinder haben unattraktiv ist, laden wir zukünftigen Generationen unlösbare Probleme auf. Auch wenn wir einen Ausbau im Familien- und Bildungsbereich grundsätzlich befürworten, sehen wir in den einzelnen Ausgabenposten auch hier ein Sparpotential. Bessere Perspektiven für die Stadt Bern sind nur dann möglich, wenn gute Steuerzahlende nach Bern kommen und ein entsprechend freundliches Umfeld geschaffen werden kann. Wir werden dieses Budget nicht ablehnen, weil viele unserer Forderungen ins Budget aufgenommen worden sind. Die Finanzpolitik, jedoch auch andere Politikbereiche mit grossem Einfluss auf die Finanzpolitik entsprechen aber nicht unseren Vorstellungen. Wir sind im Rat auch oft in die Minderheit versetzt worden. Wir wollen nicht im Nachhinein mit einem Ja zum Budget die Verantwortung für die Politik der Mehrheit übernehmen und werden uns deshalb der Stimme enthalten.

Für die Fraktion GFL/EVP spricht *Michael Straub* (EVP). Das Budget 2003 zeigt die Finanzströme der auf, die wir im nächsten Jahr erzielen wollen, auf. Bei den FIKO-Delegationsbesuchen haben wir uns grundsätzlich von der Seriosität des Budgets überzeugen können. Dank StaBe ist das Budget ausgeglichen. Der Druck ist also weg. Können wir uns zurücklehnen? Nein. Wir müssen den bisherigen ausgabenrestriktiven Kurs fortführen. Die negativen Zahlen und Aussichten im mittelfristigen Finanzplan erfordern dies. Wir vermissen deshalb den konsequenten Sanierungswillen des Gemeinderats. Weshalb unterbreitet der Gemeinderat dem Stadtrat Luxussanierungen und Luxusumbauten, wie der Schrebergartenersatz Weissenstein oder die Schwellenmätteli-Vorlage mit den entsprechenden Folgekosten? Warum lässt der Gemeinderat einen Anstieg bei den Besoldungen im Stadtplanungsamt um mehr als 5% zu? Weshalb verhandelt der Gemeinderat nur eine Status-quo-Vorgabe bei der Gewinnablieferung durch die SWB? Das stimmt uns skeptisch. Wir haben schon in früheren Debatten darauf hingewiesen, dass es Aufgabe des Gemeinderats ist, durch ein Erzielen von Effizienzgewinnen in verschiedenen Dienststellen finanziellen Handlungsspielraum zurückzugewinnen, damit in andern Bereichen entsprechende dringende Massnahmen eingeleitet werden können. Unsere Fraktion hat dazu im Januar Vorstösse eingereicht. Diese Vorstösse sind noch nicht beantwortet worden. Wir haben z.B. Einsparungen im Strassenunterhalt gefordert. Der Kanton hat welche realisiert. Wo ist der Gemeinderat? Er muss beweisen, dass er Veränderungen durchführen kann und dass dies bei personellen Konsequenzen im Rahmen der natürlichen Fluktuation möglich ist. Wir haben Vorschläge unterbreitet, vom Gemeinderat vermissen wir ein entsprechendes Engagement. Er muss jetzt Vorschläge bringen. Das Bud-

get nimmt geplante Geschäfte vorweg, was logisch ist. StaBe hat jedoch weitreichende Auswirkungen auf das gesamte Budget. Ohne StaBe ist das Budget nicht lebensfähig. Die Diskussion im Stadtrat, das Feilschen um Gemeinsames hat gezeigt, dass die Basis der RGM-Parteien StaBe durchaus ablehnen kann. Dann droht an der Urne ein Totalabsturz von StaBe und Voranschlag. Wir können den Stimmberechtigten nicht ein Budget vorlegen, das einen anderen Entscheid vorweg nimmt. Unsere Fraktion hat dazu ein dringliches Postulat eingereicht. Auch es ist vom Gemeinderat nicht beantwortet worden. Nimmt uns der Gemeinderat überhaupt ernst? Das Vorgehen einer gleichzeitigen Vorlage von Budget und StaBe können wir so nicht unterstützen. Wir sind für Eintreten zum Budget, werden uns jedoch in der Schlussabstimmung der Stimme enthalten. Mangelndes Einnahmen- und Ausgabenverhalten des Gemeinderats, vor allem aber die fehlende logische gestaffelte Abfolge der Abstimmungsvorlagen StaBe und Voranschlag zwingen uns dazu.

Margrit Thomet (SVP) für die Fraktion SVP/JSVP: Im ausgeglichenen Budget betragen der bereinigte Totalaufwand und der bereinigte Totalertrag 828 Mio Franken. Gegenüber dem Budget 2002 sinken die Einnahmen und Ausgaben also um 33,379 Mio Franken. Hauptgrund für diese markante Reduktion ist die **StaBe**, der wir im Stadtrat mehrheitlich zugestimmt haben. Mit dieser Auslagerung reduzieren wir die Abschreibungen auf dem Verwaltungsvermögen um 23,266 Mio auf 23,774 Mio Franken, d.h. um 49,5%. Dank dieser Reduktion der Amortisationen auf dem Verwaltungsvermögen können wir die laufende Rechnung um diesen Betrag entlasten. Buchhalterisch haben wir plötzlich über 20 Mio Franken mehr auf der Ertragsseite, obschon wir keinen Franken mehr einnehmen. Trotzdem haben auch wir nach langen kontroversen Diskussionen zugestimmt, weil wir uns von der Auslagerung der Gebäudebewirtschaftung eine effizientere und kostengünstigere Verwaltung erhoffen und entsprechend höhere Investitionen für die Gebäudesanierung möglich sind. Wir bieten mit StaBe die Leistungen für die Gebäudebewirtschaftung in einem neuen Gefäss kostengünstiger an. Dies wird der Stadt in Zukunft finanzielle Entlastungen bringen. Wir finden es dem Volk gegenüber jedoch zu wenig ehrlich, wenn im Budget 2003 die Amortisationsentlastung schon vor dem Volksentscheid zu StaBe berücksichtigt wird. Das vorliegende Budget sähe ohne StaBe ganz anders aus. Der Gemeinderat ist dem grossen Spardruck ausgewichen und hat die Chance verpasst, neue reduzierte Ziele zu stecken.

Die im Voranschlag 2003 aufgenommenen **Haushaltverbesserungsmassnahmen** von 7,5 Mio Franken sind ein guter Ansatz, reichen jedoch nie aus, um das strukturelle Defizit zu korrigieren. Zudem bestehen diese Haushaltverbesserungsmassnahmen zu einem schönen Teil aus Gebührenerhöhungen, bei denen die Steuerzahlenden immer mehr zur Kasse gebeten werden. Aus diesem Grunde haben wir in der FIKO beantragt, das Budget an den Gemeinderat zurückzuweisen mit der Auflage, einen Voranschlag ohne StaBe zu unterbreiten. Die Argumentation des Gemeinderats, ohne StaBe weise das Budget ein Defizit von 20 Mio Franken aus, ist zu einfach. Mit diesem Vorgehen umgeht die Stadtregierung geschickt die Notwendigkeit, ihre linksgrüne Politik kritisch zu hinterfragen. Die Ausgabenpolitik wurde in diesem Budget überhaupt nicht in Frage gestellt. Nach wie vor werden Millionen Franken an Steuergeldern in angeblich dringend notwendige **Verkehrsberuhigungsmassnahmen** gesteckt. Es werden städtische, bestens funktionierende Strassen verengt und verbaut. Die Attraktivität der Stadt Bern wird damit überhaupt nicht gefördert, weil sich der künstlich produzierte Stau zu Stosszeiten weit in die Autobahn hinaus ausdehnt. Verkehrsberuhigung in den Quartieren ja, doch bei den Basisstrassen ist jeder Steuerfranken verschwendet, der zur sog. Verkehrsberuhigung eingesetzt wird und das Erreichen des Stadtzentrums innert nützlicher Frist sinnlos erschwert. Auch in der **Wohnbaupolitik** müssen endlich neue Weichen gestellt werden, damit gute Steuerzahler in die Stadt Bern kommen und ein ihren Bedürfnissen angepasstes Wohnen finden. Die Angebote auf dem Wohnungsmarkt werden immer knapper. Im Juni 2002

gab es in der Stadt Bern noch 230 leer stehende Wohnungen. Auf Stadtgebiet wird das Bauen von Mehr- und Einfamiliehäusern nach wie vor durch viel zu viele Vorschriften und Einschränkungen gehemmt. Für staatliche Wohnbauförderung werden im Investitionsbudget 6,6 Mio Franken eingesetzt, was einer Geldverschleuderung gleich kommt. Denn die Erfahrung zeigt dass die bis heute getätigte Wohnbauförderung mit all den Planungsmisserfolgen absolut nichts brachte. Wohnbauförderung bleibt Theorie und ist wenig wirksam, wenn die Rahmenbedingungen nicht den Wünschen und Interessen der Investoren und Bauwilligen entgegenkommt. In Oberbottigen haben wir einmal mehr eine Siedlungsplanung, die der städtischen links-grünen Politik entspricht und total quer in der Landschaft liegt. Es ist verständlich, dass bis heute trotz vieler Inserate und farbiger Propaganda nur ein einziges Haus der geplanten Siedlung im Grünen verkauft worden ist. Für diese teuren Fehlplanungen sollten eigentlich die Verantwortlichen gerade stehen müssen. Weitere Schwachpunkte sehen wir in den budgetierten **Steuereinnahmen** von 378,165 Mio Franken. Sie werden gegenüber dem Budget 2002 um 13,9 Mio erhöht. Diese 3,8%ige Zunahme ist unserer Ansicht nach nicht eine vorsichtige Schätzung, sondern nach den heutigen Wirtschaftsprognosen eine viel zu optimistische Annahme. Aus diesem Grund sehen wir auch die Schätzung von 17,8 Mio Franken Mehrerträge bei den Gewinnsteuern der juristischen Personen als unrealistische Zunahme. Leider ist eine weltweite Stagnation festzustellen, die sich auch in der Schweiz unangenehm beim Bau, in der Industrie und entsprechend bei der Börse bemerkbar macht. Entsprechend konnten wir heute Mittag in den Nachrichten hören, wie sich Bundesrat Couchepin um die Schweizer Wirtschaft Sorgen macht. Die zu erwartenden Rückerstattungen wegen zu hoher Steuerveranlagungen in der Zeit der Bemessungslücke, die im Budget 2003 wirksam werden, sind aus unserer Sicht zu wenig berücksichtigt worden. Viele Unternehmer und Hausbesitzer haben in der Bemessungslücke wenig investiert und dann aufgrund provisorischer Veranlagung eine viel zu hohe Steuerrechnung erhalten.

Unsere Fraktion ist mit dem vorliegenden Budget nicht einverstanden und weist es zurück. Wir verlangen einen Voranschlag ohne Einbezug der Ausgliederung der Gebäudebewirtschaftung. Der Gemeinderat muss neue politische Akzente setzen, indem er im neu vorgelegten Budget und im Finanzplan einen klaren Verzichtplan von politisch motivierten Ausgaben und Investitionen vorlegt.

Margrith Beyeler (SP) für die Fraktion SP/JUSO: Das Budget 2003 ist ausgeglichen, es werden Schulden abgebaut und die Steueranlage bleibt bei 1,54 Einheiten. Sparen darf nicht Selbstzweck sein. Wir begrüßen es, dass der Gemeinderat trotz engstem finanziellen Spielraum seine Verantwortung gegenüber Kindern und Jugendlichen in der Stadt Bern wahrnimmt. Die zusätzlichen im Voranschlag budgetierten neuen Aufgaben im Kinder- und Jugendbereich sind dringend nötig und werden von uns klar begrüsst und unterstützt. Margrit Thomet entgegnet Margrith Beyeler, wenn es die SP nicht gäbe, müsste sie erfunden werden, denn eine Politik, wie sie die SVP betreibe, sei fast nicht tragbar. - Im vorliegenden Budget befindet sich jedoch ein gravierender Unsicherheitsfaktor, nämlich die StaBe. Es ist für uns aber sachlich unhaltbar, dass der Kanton Bern Abschreibungen nach betriebswirtschaftlichen Grundsätzen nur mit einer Auslagerung der Verwaltungsliegenschaften zulässt. Die StaBe wurde vom Stadtrat letzten Donnerstag beschlossen, vom Volk jedoch noch nicht genehmigt. Die budgetierten 20 Mio Franken sind deshalb noch nicht Tatsache. Warum wurde die StaBe bereits in den Voranschlag aufgenommen und beim Produktgruppenbudget Abfallentsorgung ein Mehrerlös durch die neuen Gebühren jedoch nicht? Beides war zum Zeitpunkt der Budgetierung noch nicht beschlossen. Ein Budget ist zwar immer eine Schätzung, uns ist jedoch nicht klar, weshalb die Teilrevision des Gebührenreglements und StaBe ungleich behandelt werden. Unsere Fraktion hält fest, dass trotz ausgeglichenem Voranschlag finanzpolitischer Handlungsbedarf besteht. Wir erwarten vom Gemeinderat, dass er endlich eine aufgabenbe-

zogene Finanzstrategie vorlegt und dass diese zusammen mit dem 10. Massnahmenpaket diskutiert wird. Nur eine klare Finanzstrategie ermöglicht es, den politischen Handlungsspielraum wahrzunehmen und z.B. zu erklären, dass in die Bereiche Kinder, Jugendliche und Bildung weiter investiert werden muss. Die Anträge GPK/FIKO unterstützen wir. Es macht wenig Sinn, Angebote im Kinder- und Jugendbereich und der familienergänzenden Tagesbetreuung über Jahre mit Fondsgeldern zu finanzieren. Im Moment werden 17 Kinderbetreuungsplätze mit Fondsgeldern finanziert – Kinderbetreuungsplätze, welche die Stadt Bern dringend benötigt. Die Warteliste ist immer noch sehr lang. Durch Fonds werden Projekte für Kinder und Jugendliche von total Fr. 710 380.00 finanziert, die nicht lastenausgleichsberechtigt sind. Einerseits verliert so die Stadt Geld, andererseits werden Fonds geplündert. Es ist deshalb richtig, diese Angebote in das ordentliche Budget 2003 aufzunehmen, damit ein Gesuch um Aufnahme in den Lastenausgleich gestellt werden kann. Wir nehmen die Verantwortung gegenüber Kindern und Jugendlichen wahr – die andern Ratsmitglieder hoffentlich auch. Margrith Beyeler bittet den Rat, die GPK/FIKO-Anträge zu unterstützen. Unsere Fraktion hat einen Antrag auf Wiederaufnahme eines Betrags für die Wiederaufnahme der Aktion „Jours sans voitures“ gestellt. Der Rat möge auch diesem Antrag zustimmen. Wir übernehmen mit dem Budget die Verantwortung für die Stadt Bern und ihre Bewohnerinnen und Bewohner und sind bereit, auf das vorliegende Budget einzutreten und ihm zuzustimmen.

Einzelvotum

Liselotte Lüscher (SP), Präsidentin der Reformkommission NSB, macht den Rat darauf aufmerksam, dass er heute das letzte Budget in dieser Form behandle. Nächstes Jahr wird ein Budget – wie von den Piloten bereits bekannt – mit Zielen zu den einzelnen Produktgruppen, mit politischen Vorgaben, Kennzahlen und weiterhin mit Zahlen, die erhöht oder gesenkt werden können, vorgelegt. Ob dieses zukünftige Budget mit Sachkommissionen oder ohne vorbesprochen wird, ob es über eine Finanzkommission oder über eine Kommission, die sowohl FIKO und GPK umfasst, dem Rat vorgelegt wird, entscheidet dieser am 28. November 2002. Am 24. Oktober findet bekanntlich die nächste Weiterbildung zu diesem Thema statt. Nehmt somit heute gebührend Abschied von unserem guten alten Budget.

Direktorin FPI *Therese Frösch*: Die FIKO hat letzten Montag – nach dem zustimmenden Entscheid des Rats zu StaBe – nochmals zum Budget diskutiert. - Urs Jaberg weist Gemeinderätin Frösch darauf hin, der Entscheid zum Schwellenmätteli habe keinen Einfluss auf das Budget, denn das Schwellenmätteli sei im Besitz des Fonds für Boden- und Wohnbaupolitik. - Weshalb das Gebührenreglement dem Stadtrat nicht gleichzeitig mit dem Budget unterbreitet wurde, weiss sie nicht. - Gemäss Ratsreglement läuft die Frist für das dringliche Postulat der Fraktion GFL/EVP Ende Oktober ab. Es ist am Rat zu entscheiden, ob StaBe im Budget enthalten sein soll oder nicht. Gemeinderätin Therese Frösch bittet den Rat, dem Voranschlag 2003 zuzustimmen.

Ueli Stückelberger (GFL) stellt folgenden *Ordnungsantrag*: Der Rückweisungsantrag der Fraktion SVP/JSVP sei den Fraktionen schriftlich abzugeben, damit sie ihn in der Pause diskutieren können.

Beschluss

Der Rat stimmt dem Ordnungsantrag Stückelberger mit 38 : 28 Stimmen zu. Über den Rückweisungsantrag der Fraktion SVP/JSVP wird nach der Pause abgestimmt.

Die Sitzung wird um 19.00 Uhr unterbrochen.

Namens des Stadtrats

Die Ratspräsidentin: *Annemarie Sancar-Flückiger*

1.Vizepräsident: *Beat Schori*

Die Protokollführerin: *Jeannette Steiner*